

Brauchen wir ein Bundeskulturministerium?

– **Eigentlich** eine seltsame Frage oder würde jemand die Frage stellen, ob wir ein Wirtschaftsministerium oder ein Innenministerium brauchen? Ja natürlich, das kann man doch nicht vergleichen, Kultur ist doch Ländersache. Aber warum gibt es dann ein Bildungsministerium auf Bundesebene, obwohl Bildung doch auch Ländersache ist? Also versuchen wir die Frage doch nicht damit zu beantworten, was schon immer so war und wem vermeintlich was gehört. Man sollte vielmehr danach fragen, was dem Land, der Kultur und besonders den Künstlern und der Kulturwirtschaft nützt.

Vor 15 Jahren hat die erfolgreiche Kulturpolitik des Bundes begonnen. Erst nachdem besonders der Deutsche Kulturrat ein Bundeskulturministerium und einen Kulturausschuss im Deutschen Bundestag gefordert hatte, reagierte die Politik. Aufgrund massiver Bedenken der Länder konnte damals aber kein Bundeskulturministerium gegründet werden, der Kulturausschuss im Bundestag wurde aber eingerichtet. Statt des Kulturministeriums wurde ein Staatsminister, also ein Staatssekretär, im Bundeskanzleramt installiert und die kleine Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums wurde ins Bundeskanzleramt verschoben.

Vier Kulturstaatsminister, Michael Neumann, Julian Nida-Rümelin, Christina Weis und Bernd Neumann, haben dem neuen Amt Struktur und Ansehen gegeben. Besonders die ersten Kulturstaatsminister wurden noch im Streit mit den Ländern fast aufgegeben. Erst Bernd Neumann, der erste Kulturstaatsminister der Union, also der Partei, die den Widerstand gegen die Stärkung der Bundeskulturpolitik intensiv gepflegt hatte, brachte

den endgültigen Durchbruch. Die Notwendigkeit, auch auf der Bundesebene kompetent Politik für Künstler und die Kulturwirtschaft zu machen, wird heute ernsthaft von niemandem mehr bestritten.

Doch das Amt eines Kulturstaatssekretärs ist in den letzten Jahren oft an seine Grenzen gestoßen. Wenn das Justizministerium sich zum Beispiel standhaft weigert, notwendige Reformen des Urheberrechts in Gang zu bringen, kann der Kulturstaatsminister zwar protestieren, aber er ist eben kein Minister und konnte deshalb mit dem Justizministerium nicht auf Augenhöhe am Kabinetttisch Tacheles reden. Oder denken wir an das unwürdige Schauspiel Ende der letzten Legislaturperiode, als die FDP die überfällige gesetzliche Regelung von regelmäßigen Kontrollen der abgabepflichtigen Unternehmen für die Künstlersozialversicherung verhindert hat. Ein Bundeskulturminister hätte sich den liberalen Wirtschaftsminister und FDP-Parteivorsitzenden sicher anders zur Brust nehmen können als ein Staatssekretär.

In Europa, wo heute die Europäische Kommission durch das Setzen von Standards im Wettbewerbs- und Handelsrecht aktiv Kulturpolitik betreibt, ist der Einfluss eines starken deutschen Bundeskulturministeriums überfällig. Dass die deutsche Bundesregierung gegen eine Ausnahme der Kulturbereiche bei den gerade begonnenen Verhandlungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA gestimmt hat, hat das deutsche Dilemma sichtbar gemacht. Zum Glück konnten wir uns in dieser Frage auf die französische Kulturministerin verlassen.

Pro

Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Bundeskulturpolitik der vergangenen fünfzehn Jahre ist eine Erfolgsgeschichte. Und gerade der letzte Kulturstaatsminister, Bernd Neumann, hat aus dem Amt viel mehr herausgeholt, als formal in ihm steckt. Aber es ist eben kein Bundesministerium und damit strukturell geschwächt. Ich kann nicht erkennen, warum wir uns dauerhaft mit etwas, das unvollkommen ist, zufrieden geben sollten.

Ach ja, der Föderalismus. Doch sind wir mal ehrlich, wie sollen uns die Länder bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EU-USA denn unterstützen? Wie können sie uns vor der Regelungswut der Europäischen Kommission bewahren? Wie werden sie uns bei der Durchsetzung eines zeitgemäßen Urheberrechts helfen? Diese Aufgaben können die Länder nicht erfolgreich lösen, aber ein Bundeskulturministerium könnte es. Aber die Länder können ihre ureigenen Hausaufgaben erfolgreich erledigen und für eine auskömmliche Finanzierung der Kultureinrichtungen im Land sorgen.

Damit wäre uns wirklich geholfen!

Olaf Zimmermann ist seit 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats e. V. und Herausgeber der Zeitschrift des Deutschen Kulturrats *Politik & Kultur*. Er gehörte von 2002 bis 2007 der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ an.

In der Bundesrepublik Deutschland ist Kultur eine Angelegenheit der Länder, sie basiert auf einer föderalen Struktur. Doch wie viel Kulturhoheit brauchen die Länder eigentlich? Wie viel Bundeskulturstaatlichkeit verträgt der deutsche Föderalismus? Endet die kulturpolitische Verantwortung der Bundesländer an den eigenen Grenzen? Wäre die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums sinnvoll, um gemeinsam handeln und in Zukunft mehr erreichen zu können?

— **So alt wie** alle Staatlichkeit ist die Diskussion, wie Zuständigkeiten und Aufgaben in einem Land am besten verteilt werden. Sie steht immer dann aufs Neue an, wenn Menschen darüber nachdenken, wo und wie sie sich profilieren können. Demokraten nutzen die Chance, sich in einem neuen Licht zu präsentieren, naturgemäß öfter als Ideologen. Letztere schließen andere Sichtweisen der Realität am liebsten aus.

Meist erscheint die Debatte um die politische Verortung der Kultur im Zwielficht, weil die beiden Möglichkeiten in der Alltagswirklichkeit keineswegs astrein eingesetzt sind. Dabei bestreiten weder der Zentralist, der alle unter ein Dach zwingt, noch der Föderalist, der am liebsten ganze Marktplätze organisiert, dass sie die Wirklichkeit aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln besehen und bewerten.

Unvermittelt befinden wir uns in der schönsten Debatte um das, was Kultur – aller rechtsstaatlicher Ordnung zum Trotz – offeriert: die Vielfalt der Realitäten, die Einmaligkeit eines Angebots, die Besonderheit einer Erscheinung. Unsere Vorfahren haben das nicht nur erkannt, sondern zelebriert. Sie fassten die Ergebnisse unter den Sammelbegriffen Brauchtum und Tradition zusammen und sicherten sich die Urheberschaft ihrer Ideen, um sich gegenseitig vorführen zu können, was sie voneinander unterscheidet. Einen besseren Grund und Anlass, sich gegenseitig zu beobachten, zu besuchen, Anleihe zu nehmen beim anderen, gibt es wohl kaum.

Der Blick zurück in unsere gemeinsame kontinentale Geschichte beweist: Nirgends sonst wie in Deutschland sind die kulturellen Unterschiede so unverfälscht geblieben und lebendig wie im Verbund

Contra

der Stämme hier – gegründet auf Herzogtümern und Königreichen der kontinentalen Mitte. Es hat sich gelohnt, die Vielfalt zuzulassen, auch sie beizubehalten. Die Theaterdichte in unseren Breitengraden belegt das, die Zahl der Orchester tut es ebenso wie die Zahl der Ausbildungs- und Studienplätze in der musikalischen Szene.

Drei Dinge tragen, wie wir heute wissen, eine Gesellschaft: die Sprache, das Geld und die Kultur. Dort, wo Letztere bunt ist, vielfältig, im Auftritt unverwechselbar, schwächt das diesen ebenso wenig wie den daraus resultierenden Stellenwert. Im Gegenteil: Da wachsen Kraft und Stehvermögen zu. Wer sich kulturell emanzipieren darf und darin ständig mit anderen misst, gewinnt an Statur. Dort aber, wo einheitliche Maßstäbe gelten, stirbt die Neugier gegenüber Alternativen. Unterschiede, in Generationen gewachsen, werden kleiner, verflachen und verändern schrittweise die kulturelle Identität, weil die Menschen verlernen, sich unverwechselbar zu zeigen, so „einmalig“ zu sein, wie sie die Schöpfung eigentlich will.

Wir Bayern – das Beispiel steht für viele – leben eine drei-, nein viergeteilte Kulturwirklichkeit (sogar im eigenen Krimiwunsch, beim Tatort, findet das seinen Niederschlag): Wo bliebe die fränkische Trilogie der Kultur, die schwäbische Vielheit der Dialekte, auch der räumlichen Abgrenzung (Allgäu!), das Selbstbewusstsein der Altbayern (inzwischen mehrheit-

lich von anderen, ja fremden „Landsleuten“ ergänzt), auch das neue, aus der vormaligen Heimat transferierte Temperament der Sudetendeutschen? Was geschähe mit solchen kulturellen Farbtupfern, wenn der Bundeskulturminister Kieker Maßstäbe anlegte? Was tun, wenn ein neues Kulturverständnis einen Migranten beauftragt, sich um Riten und Bräuche zu sorgen? Welche behalten Rang und Gültigkeit, welche verschwinden? Wer kümmert sich um die kulturellen Besonderheiten im Land? Wer erzählt in Brüssel, was im Gebirge nottut und was am Meer?

Ein Minister, ein Kulturministerium für alle mündet in eine Rangliste von Qualitäten, die nicht mehr viel mit dem Wettbewerb der Ideen zu tun hat. Die Freude am eigenen Können wird unterdrückt, lässt ganze Szenen verkümmern und klemmt an allen Ecken und Enden. Ein (zentraler) Geldbeutel ist schneller leer und klamm als viele – 16 bei uns. 16-mal Kultur ist 16-mal Originalität, Ideensammlung und Wettstreit der Köpfe. Das Viele, die Alternativen machen und halten munter. Eben Viel- statt Einfalt! In Zeiten der Globalisierung ist das Pflicht!

Thomas Goppel ist Abgeordneter im Bayerischen Landtag (CSU). Er ist Aufsichtsratsvorsitzender beim Kolping-Bildungswerk und im Vorstand der Alfons-Goppel-Stiftung, die Entwicklungshilfe in Lateinamerika und Afrika leistet. Bis 2003 hatte er das Amt des Präsidenten des Musikbundes von Ober- und Niederbayern und des Bayrischen Blasmusikverbands inne. Seit 2008 ist er Präsident des Bayerischen Musikrats.